LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 16. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME 16/3717

A01, A15, A18



WHKT-Stellungnahme zum Antrag der Fraktion – Drucksache 16/7780

»Wirtschaft in der Ausbildung unterstützen statt immer mehr belasten – Keine Ausbildungsabgabe und keine Quote für abgeschlossene Lehrverträge!«

Seit einigen Jahren können immer mehr Handwerksbetriebe ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen. Besonders auffällig für die Handwerkskammern ist, dass es nicht nur einige Branchen im Handwerk betrifft, wie das Lebensmittelhandwerk, den Maschinenbau, die Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, die Elektrotechnik. So sind zu Ausbildungsbeginn der vergangenen zwei Jahre einzelne Ausbildungsstellen in bei Jugendlichen für gewöhnlich besonders beliebten Berufen, wie Tischler/in, Augenoptiker/in auch unbesetzt geblieben.

Das liegt an der beruflichen Orientierung der Schülerinnen und Schüler bzw. an einer Orientierung weg von einem beruflichen Einstieg über die duale Ausbildung hin zu immer längerem Schulbesuch, der häufig auch in einem nicht passenden Hochschulbesuch mündet, da letzterer dann mit einem Abbruch endet. Wir setzen auf eine bessere Orientierung der Schulabgänger/innen und sehen dem Sommer 2019 mit positiver Erwartung entgegen, da dann zum ersten Mal alle Schulabgänger/innen der Sekundarstufe I über die flächendeckende Einführung von KAoA eine Anschlussvereinbarung getroffen haben müssten, sofern – wie vom Land vorgesehen - alle Schulen mit allen Schülerinnen und Schülern der achten Klassen in NRW auch tatsächlich mit dem kommenden Schuljahr starten und dann alle vorgesehenen Standardelemente der Berufsorientierung auch realisieren.

Nach unserer neuesten Erkenntnis starten auch zunehmend erfolgreiche Bachelorabsolventen eine duale Ausbildung, weil sie mit ihrem Abschluss (inzwischen gibt es über 18.000 Bachelor- und Masterstudiengänge im Vergleich zu 330 Ausbildungsberufen) keine Beschäftigung finden bzw. perspektivisch keine berufliche Perspektive sehen und deshalb eine Karriere über die berufliche Aus- und Fortbildung anstreben.

Der Frust auf Seiten der Ausbildungsbetriebe im Handwerk steigt:

Denn es bewerben sich nicht nur deutlich weniger Jugendliche, sondern es passen auch die Bildungsvoraussetzungen bei den immer anspruchsvolleren technischen Berufen immer weniger. Dieser aufwachsende "Frustberg" führt aufgrund einzelbetrieblicher Entscheidungen auch zu weniger angebotenen Ausbildungsplätzen, da Betriebe sich die Ausbildung aufgrund



schlechter Erfahrungen "nicht mehr antun". Viele dieser Betriebe können unserer Erfahrung nach wieder für Ausbildung aufgeschlossen werden, wenn man ihnen einen tatsächlich »passenden« Auszubildenden vermittelt.

Im Rahmen des Reformvorhabens KAoA steht auch die Veränderung des klassischen Übergangsbereichs im Mittelpunkt unseres Blicks. Doch wird er derzeit aufgrund der enormen Anstrengungen zur Umsetzung der Berufsorientierung vernachlässigt. Die Kernfragen seit 2011 »Wer kommt durch welche Bemühungen in die richtige Übergangsmaßnahme, sofern diese notwendig ist? « und »Wie wird eine Verantwortungskette geschaffen? « sind leider bis heute nicht im Ansatz beantwortet.

Eine Ausbildungsabgabe wird all diese konkreten Probleme nicht lösen, sondern eine zusätzliche Belastung für die Wirtschaft darstellen.

Wichtig im Zusammenhang mit einer Umlage ist folgende Erkenntnis: Die Kammern stellen anhand der abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse in der Bauwirtschaft fest, dass diesetrotz einer über die Sozialpartner vereinbarten Umlagefinanzierung der Ausbildungskosten – keine Entkoppelung der Ausbildungsleistung von der konjunkturellen Entwicklung erzielt haben.

Unsere Sorge

Mit der Einführung einer Sonderabgabe gäbe es am Ende weniger betriebliche Ausbildungsplätze, würde ein großer Anteil der Abgabemittel durch die Verwaltung derselben "vernichtet" und die Handwerksbetriebe bekämen genauso wenige bzw. viele motivierte und geeignete Bewerber/innen für betriebliche Ausbildungsplätze in der Breite der Berufe wie bisher.